

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden,  
Raden & Comp., Nr. 1908.

## Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt:  
Gedr. Kumböhl, Dresden  
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Frachtkosten mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 26 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 26 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Mastkammerzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 25 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Goldpf.

Nr. 28

Dresden, Dienstag den 3. Februar 1925

36. Jahrg.

## Frankreich und wir

Von Hermann Schüringer

Es ist kein Zweifel, daß die Rede Herriots vom 28. Januar in ihrer Wiedergabe durch die „große Informationsstelle“ die Atmosphäre des Vertrauens zwischen dem demokratischen Deutschland und Frankreich momentan gestimmt hat. Wenn man sich jedoch die Kommentare zu der Rede in der Presse des „Cartel de gauche“, wenn man sich nur allein den stenographischen Bericht im Temps ansieht, dann muß man gestehen, daß die Stimmung des Kontaktes zwischen der französischen und der deutschen Demokratie nur vorübergehender Natur sein darf. So enthält der amtliche Kamerbericht folgende Stellen:

„Ich weiß wohl zu unterscheiden zwischen jenem Deutschland, von dem ich augenblicklich spreche, das von neuem den Blick auf uns zu werfen vermag, und jenem Deutschland, dessen Männer verfolgt und wegen Hochverrats vor Gericht gezogen werden, jene Männer, die versuchen, unter dem Zeichen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold die Demokratie in Deutschland zu verankern. Sie wissen sehr gut, wer sie sind, die Führer jener Truppe: der Oberpräsident Döring, ein Mann von umfassendem und aufklärtem Wissen, der General Veimling, der General Schöndt. Nach den letzten Meldungen folgen ihnen zwei Millionen junger Leute und alter Soldaten, die jene Disziplin besitzen und die jene militärische Form zur Schau tragen, die nun einmal Eigenium des deutschen Volkes ist. Sie haben sich in den letzten Wochen die Meinungsrichtung der Republik erkämpft. — Es wäre ein großer Fehler, nicht zu unterscheiden zwischen diesen beiden Elementen des republikanischen und des republikanischen Deutschland. — Die Politik meiner Regierung ist eine Friedenspolitik nach ihrem Willen, sie ist eine Friedenspolitik nach ihren Kräften. — Ich will es deutlich ausdrücken: Wer sind zwei Völker, die sich verstehen müssen, weil sie nur durch die Zusammenarbeit leben können!“

Warum muß man diese Sätze immer erst nachträglich ausgraben, nachdem die üble Wirkung der großen Pressekonferenzen auf die öffentliche Meinung meistens nicht mehr zu forrieren ist? Auch in Frankreich glaubte man, diese Sätze durch Herriots scharfe Anklagen gegen das militärische Deutschland zudecken zu können, und die „Nouveaux Républicains“ und die „Nouveaux Républicains“ triumphierten im Süden, Herriot ließ sich selbst untergeordnet haben und habe den Linksblock innerlich zerbrochen. Ein Blick in die französische Linkspresse belehrt uns, daß diese Hypothese falsch ist. Lénardien, Dewore und Ere nouvelle stehen nach wie vor zusammen in ihrer Argumentation.

Pierre Bertrand aber präzisiert die Notwendigkeit einer geistigen Zusammenarbeit zwischen dem demokratischen Deutschland und Frankreich im Quotidian vom 30. Januar: „In einem Augenblick, in dem die Kräfte der Reaktion und der Republik sich in Deutschland die Waage halten, in dem die Frage „Monarchie oder Volksstaat?“ sich zusammenballt über den von den Hohenzollern übriggelassenen Ruinen, muß man deutlich und klar dem Deutschen glauben zu erkennen geben, daß wir ihm unter einer demokratischen Regierung gern die Hand reichen und frei und offen mit ihm den europäischen Frieden verbriefen wollen — aber jetzt, wo wir einer Regierung der Nationalisten gegenüberstehen, ist es unsere Pflicht, Konzeptionen zurückzuweisen, die nur die Kräfte der deutschen Reaktion stärken würden, den Kriegseignern also Material liefern könnten gegen die deutsche Demokratie.“

Wenn wir nun zu einem Ausgleich der durch den Schlußbericht der W.M.K. geschaffenen Gegenläufigkeit militärisch und politisch-technischer Art kommen wollen, müssen wir zunächst das Vertrauen zu den Männern des neuen Frankreich ausdrücken, mit ihnen zusammen im Geist der Vernunft und der Versöhnung an der Entwirkung des europäischen Knotens zu arbeiten. Ein Blick in die französische Presse der letzten Tage beweist uns, daß dieses andre Frankreich auf dem Vollen ist.

Da spricht der Kriegsminister General Rollet vorige Woche, zufolge eines Berichts des Dewore, im Auditorium maximum der Sorbonne (Universität) vor der Gesellschaft für die wirtschaftliche Landesverteidigung in Paris. Kein Wort des Hasses und des Erpresserwillens gegen Deutschland, keine militärischen Phrasen, lediglich eine sachliche Entwicklung des Problems der Abrüstung und der Rüstung, wie man sie — so sagt der Pazifist General Verrou — nicht besser geben könnte: „Ein Rader-System für Instruktion und Ausbildung im Frieden und für die Führung im Krieg — wenn jemals die Menschen wieder so verrückt sein sollten, wie zu schlagern.“

Da protestiert mit flammenden Worten der Oberst Chartrain in der Ere nouvelle gegen den Versuch einiger Kommandanten, seine Zeitschrift zu boykottieren, die Armee und Demokratie, das Organ des Linksblocks, im Geir.

Da beirridet mit tiefem Ernst die gesamte Tagespresse den Tod des Pazifisten und Republikaners Oberst Conoverlet. Er war während des Krieges Regimentskommandeur gewesen. Seine Tapferkeit war sprichwörtlich geworden. 1915 geriet er in Kriegsgefangenschaft und entwickelte sich in den ersten Jahren nach dem Krieg zu einem Führer der französischen Friedensbewegung. Kein Wort des Hasses und des „Landesverrats“ fällt an seiner Bahre.

Da fertigt im Dewore — nun kommen wir zum Kernpunkt der deutsch-französischen Verständigung — der pazifistische General Verrou den nationalpolitischen Kampfplan der Kammer, den Oberleutnant Fabry, gründlich ab wegen dessen Geisteserleuchtung in Sachen der Militärkontrolle.

Fabry hat neulich in der Kammer folgende Weisheiten zum besten gegeben: „Deutschland besitzt allein 12 bis 13 Grenzdiveisionen im Westen; 37 Schupobataillone am Rhein, das sind 4 1/2 Divisionen; 16 Schupobataillone an der Mosel und am Neckar, das sind 3 Divisionen; 21 Schupobataillone in Bayern, das sind 4 Divisionen.“

Verrou höhnt: „Wo ist die Artillerie, Herr Oberleutnant, der Flugplatz, das Großkampfmateriale?“

Fabry dozert weiter: „Erste Linie am Rhein, zweite Linie am Neckar, 200 Kilometer dahinter, dritte Linie in Bayern, mit 100 Kilometer Abstand. Im ganzen besitzt dieses Aufmarschgebiet 300 Kilometer Tiefenzone.“

Verrou höhnt: „Um das deutsche Schredgespenst zu malen, legt sich der Herr Oberleutnant der Gefahr aus, sich lächerlich zu machen. — Wer zuviel beweist, beweist nichts. — Was sollen diese „Divisionen“, ohne Flugzeuge, schutzlos den feindlichen Fliegern ausgeliefert? Und die Tiefenzone von 300 Kilometer! Was würde der französische Generalstab mit einer solchen Strategie anfangen: Die Vorposten am Rhein — die Heere von an der Seine!“

Neuerdings pflegt man im andern Frankreich über die Sympathie der Generale zu lachen — ein Lachen, das in Frankreich tödtet!

Rein — der Weg zum Wiederaufbau Europas kann nur über die „Militärkommissionen“ und über die um ihre Stader besorgten Generale hinweggehen. Glücklichlicherweise beginnt es auch in Deutschland Tag zu werden. Vorige Woche ist in Deutschland ein anomaler Aufruf durch die Presse gegangen — er wurde unter anderem auch im Dresdner Anzeiger veröffentlicht —, der, wie mir glaubhaft versichert wird, aus dem deutschen Reichswehrministerium stammt. Dieser Aufruf: „Morgen und die Wahrheit“ läßt zum erstenmal die scharfe Argumentation von der Unabänderlichkeit des deutsch-französischen Rebandedkrieges fallen und vertritt den Standpunkt, daß die Fortführung einer militärpolitischen Vergewaltigung Deutschlands im Sinne der Morgonischen Variante (Weibehaltung einer umfangreichen Militärkontingente und der Bezeichnung des Reichenkopfes von Mainz auf unbestimmte Zeit) an zwingendsten den europäischen Frieden gefährde. Diese „Repressivpolitik“ werde Deutschland zum Märtyrer machen, den

Bund der Alliierten sprengen und Deutschland dadurch die einzige Chance einer wirklichen Rebandede geben — einen Bundesgenossen am Meer.

Der Aufruf ist von der Deutschen Liga für Menschenrechte in seiner Bedeutung erkannt und verbreitet worden, und wird uns vielleicht noch einmal die geistige Unterlage für eine Lösung des militärischen Knotens über Europa geben. Einstweilen aber gilt es, zu warten, bis man auch im offiziellen Frankreich erkannt hat, daß die deutsch-französische Verständigung nicht allein Fachaufgabe der Militärs ist, sondern ein psychologisches Problem der beiden friedensbereiten Völker.

## Die Schwierigkeiten in Preußen

SPD. Berlin, 3. Februar. (Eig. Mundfunk.) Die Regierungsbildung in Preußen kommt nicht vom Friede. Der preussische Ministerpräsident Genosse Otto Braun hat am Montag unter anderem mit dem Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei in Preußen, Dr. v. Campe, über die Regierungsbildung verhandelt. Braun legte dem Volksparteiler — nach der „Zeit“ — die Frage vor, ob die Fraktion bereit sei, unter seiner Ministerpräsidentenschaft an der Regierung teilzunehmen, oder ob sie im Falle der Verneinung bereit sei, seinem Kabinett gegenüber eine neutrale Haltung einzunehmen. Dr. v. Campe hat die Entscheidung seiner Fraktion vorbehalten. Sie soll am Donnerstag zusammenkommen. Inzwischen aber gibt die Zeit auf die gestellten Fragen folgende Antwort: „Vorüber, daß die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei die Fragen mit nein beantwortet, kann kein Zweifel sein.“

Der preussische Ministerpräsident beschäftigt am Dienstag seine Besprechungen zur Bildung der Regierung fortzusetzen und dürfte sich schließlich am Donnerstag darüber entscheiden, ob er den Aufruf des Landtags zur Bildung einer Regierung endgültig annimmt oder ablehnt.

Am Dienstag tritt der Kabinettsrat des preussischen Landtags zusammen. Da die parlamentarische Lage noch nicht geklärt ist, dürfte in der Donnerstagssitzung des Landtags die Befähigung des Landtagspräsidenten erledigt werden. Aber auch das scheint nur möglich, wenn Braun bis dahin seinen Kufzug zurückzieht. Nimmt er ihn an, und das wäre gleichbedeutend mit der Bildung einer tragfähigen Regierung, dann will die Zentrumskraktion auf den ersten Landtagspräsidenten nicht verzichten.

## Ausreden der Reichsregierung

Der von der Sozialdemokratie aufgedeckte 600-Millionen-Standal liegt dem Bürgerblock schwer im Magen. Es wird deshalb mit allen Mitteln versucht, die Angelegenheit als eine harmlose Geldschichte hinzustellen, und erst am Montag hat sich die Regierung wieder bemüht, die Deffektivität durch eine offizielle Meldung von der Garmlosigkeit und Notwendigkeit des Rechenanstands zu überzeugen. Immerhin haben wir in unsern Anlauf, von unsern Kritikern auch nur das geringste zurückzunehmen. Wir haben niemals behauptet, daß die Industrie des besetzten Gebietes überhaupt keine Entschädigung erhalten sollte, und damit ist der Kern der amtlichen „Mächtigkeit“ bereits erledigt. Unsere Kritik richtete sich in erster Linie gegen die gezeigte Auszahlung der Entschädigung, die Höhe der ausbezahlten Summen und ihre Vereinstellung ohne Kontrolle. Das weiß auch die Bürgerblock-Regierung — aber sie verzichtet, auf den Kern der Sache einzugehen und bestätigt damit, daß sie in der ganzen Angelegenheit ein äußerst unfauberes Gewissen hat.

In der Tat ist die neueste „Mächtigkeit“ der zuständigen Reichsstellen nichts andres als ein Ablenkungsmanöver, das man nicht einmal geschickt nennen kann. In ihm wird z. B. behauptet, daß die Millionensummen ausgezahlt worden sind, weil die besetzten Gebiete nicht zur Reparationsproving für das Reich werden sollten. Man muß gestehen, daß der Bürgerblock diesen Grundlag beabsichtigt hat, solange es die reichen Großverdiener betraf. Bis heute haben die Arbeiter und Angeestellten überhaupt nichts erhalten, die weniger gut bemittelten Firmenbesitzer des besetzten Gebietes sind ebenfalls fast kaum entschädigt und darüber hinaus geht die Bürgerblock-Regierung jetzt dazu über, von einzelnen Gemeinden noch Rückzahlungen aus der Zeit des passiven Widerstandes zu fordern. Wo bleibt da der zur Begründung des 600-Millionen-Standals angeführte Grundlag?

Den Gemeinden ist es damals viel schlechter ergangen als den Industrieherrn, die es bisher immer noch verstanden haben, große Lasten auf andre abzuwälzen. Rund 60 Prozent der Gesamtbevölkerung des besetzten Gebietes waren der öffentlichen Fürsorge überwiesen. In langen Promenaden warteten diese Volksschichten vor den Amtshäusern, bis von ihren Gemeinden die neuen Selbstheime gedruckt waren. Ihre Aufdruck richtete sich noch den in täglichen Rundtelegrammen des Reichsarbeitsministeriums mitgeteilten Zahlen. Wenn das Ministerium z. B. telegraphierte: Der Erwerbslose erhält für die halbe Woche 125 000 000 000 M., dann wurden eben Papiere mit einem solchen Aufdruck verteilt. Nun kam es aber sehr oft vor, daß man für diesen Betrag zur Zeit seiner Auszahlung an die Erwerbslosen vielleicht gerade ein Brot kaufen konnte. Die Hungernden aber machten ihren Anspruch an das Leben geltend, demonstrierten und versuchten zeitweilig sogar zu plündern. Es

war die Pflicht der Städte, diesen Zustand möglichst einzudämmen, und infolgedessen mußten sie für Nahrung sorgen. Sie ließen eben drucken und gaben ferner, was sie glaubten, vor dem Volk verantworten zu können. Jede Stadt des besetzten Gebietes hatte damals z. B. öffentliche Speiseanstalten. Was aber geschieht jetzt?

Seit vielen Wochen sind zahllose Revisoren des Reiches in den Stadtverwaltungen des besetzten Gebietes tätig und rechnen auf Reichsmark von heute um, was damals an gedrucktem Papier mehr produziert wurde, als die besetzten Rundtelegraphen aus Berlin für richtig hielten. Mit erstaunlicher Großzügigkeit geben die Herren Revisoren vor. Vorläufig nur ein Beispiel: In einer bestimmten Stadt wurden zur Mitarbeit bei der Erwerbslosenfürsorge geeignete Erwerbslose herangezogen. Galbe und ganze Nächte mußte gearbeitet werden. Die Arbeiter hatten Hunger. Deshalb wurden 2 M. für Brötchen und Wurst ausgegeben, die ordnungsgemäß verbucht worden sind. Was macht jetzt der Revisor? Er verlangt Erloy von insgesamt 20 M. Der Gesamterfolg? Von Düsseldorf verlangt das Reich eine Rückzahlung von 180 000 Goldmark für sogenannte Ueberzahlungen aus der Hungerperiode; Mettmann soll 180 000 M., Solingen 80 000 M., Remscheid 100 000 M. und Ohligs 80 000 M. zahlen. Das sind nur einige Beispiele, die wir anführen, um die Grundlagtreue der Bürgerblock-Regierung zu charakterisieren. In Wirklichkeit grenzt die Zahl der Städte, die zu Rückzahlungen verurteilt ist, fast an die Hunderte, und die Summen, die sie aufbringen soll, übersteigen das Vielfache dieser Zahl.

Die Auszahlung von über 700 Millionen Goldmark an die Ruhrindustrie erweist sich also immer mehr als ein Standal, der seinesgleichen sucht. Die Industrie erhält Millionen von Mark ohne Nachweis der Bedürftigkeit, ohne jede Kontrolle — die Gemeinden des besetzten Gebietes aber, die während des passiven Widerstandes fast ihr Legtes hingegeben und die heute mit der Wohlstandsflege bis aufs äußerste belastet sind, werden in „großzügiger Form“ kontrolliert und zur Zahlung von Summen gezwungen, die sie tatsächlich nie erhalten und nur im Interesse des gesamten deutschen Volkes ausgegeben haben. Hunderte von Revisoren sind zu diesem Zweck tätig — während für die Industrie das Geld gewissermaßen zum Fenster hinausgeworfen wird. Die Gemeinden sollen nachträglich für die Inflation büßen — die Industrie aber erhält neben ihren Inflationsgewinnen von der Regierung des Bürgerblocks noch einen besonderen Lohn auf Kosten der deutschen Arbeitnehmerschaft. Hat die Weltgeschichte einen größeren Standal je gesehen?

## Der Inhalt der Denkschrift

Die dem Haushaltsausschuß des Reichstags von der Reichsregierung in Aussicht gestellte Denkschrift zu der Frage der

er gange  
liger  
st  
mer Don  
schlags  
Beigel  
Borcas  
loot mit  
schärfel  
se des  
aterland  
ch abzu  
ings und  
Doehing  
en, über  
s Straf  
in Aus  
s öffent  
che über  
ten Ori  
einer  
Weise  
einer  
ungsbah  
panners  
gingen.  
on Kon  
eiden  
überdem  
Strefe  
ändern  
getwächt  
Mofest  
Rade  
zuglich  
st be  
fellen.  
tt  
raunna  
inlich  
schrot  
und was  
in und  
jedem  
dieser  
en. Wer  
schaden  
will  
Muster  
selbst  
brand  
uf.  
NIA  
haste  
Bücher  
1.50 M.  
Prospekt  
berch:  
ndlung  
italen.